

Die ERLANGER LINKE steht für den Ausbau der öffentlichen bzw. kommunalen Daseinsvorsorge, für eine Sozialpolitik, die diesen Namen verdient und für mehr Transparenz und Demokratie in staatlichen bzw. kommunalen und ökonomischen Institutionen.

Aus dieser Grundhaltung heraus lehnen wir Freihandelsabkommen, wie das derzeit geheim verhandelte TTIP-Abkommen zwischen der EU und den USA, das CETA-Abkommen zwischen Kanada und der EU, sowie alle weiteren derartigen Freihandelsabkommen, die noch folgen werden, strikt ab.

Denn: Diese Abkommen würden die EU-Kommission, staatliche Institutionen und lokale politische Entscheidungsträger unter Druck setzen, die Rahmenbedingungen für das Arbeiten und Wirtschaften massiv zu verändern. Die Tendenz ist dabei klar: Ausrichtung auf die wirtschaftlichen Interessen der größten und mächtigsten Unternehmen. Mit folgenden Maßnahmen müssten man rechnen:

- umfangreiche Liberalisierungen (Privatisierungen) bei den öffentlichen Dienstleistungen;
- politische Schutzbestimmungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe würden abgeschafft;
- sämtliche Genehmigungsverfahren (Bauwesen, Raumordnung, Verkehr) würden den Anforderungen großer internationaler Konzerne angepasst;
- die Erhaltung von Kultur- und Bildungseinrichtungen in staatlicher oder kommunaler Hand würde (unter dem Druck privatwirtschaftlicher Unterhaltungskonzerne und Event-Veranstaltern, privat Universitäten und privater Akademien) sehr erschwert;
- Tarifvertragstreue- und Arbeitsschutzgesetze würden hintertrieben.

Denn: Jegliche Schutzmaßnahmen und Gesetze, die

- der Wahrung und Durchsetzung der Interessen von ökonomisch und sozial benachteiligten Menschen dienen,
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen,
- es dem öffentlichen Sektor ermöglichen, Waren und Dienstleistungen auch ohne Erzielung eines Profits vorzuhalten,

könnten, wenn TTIP oder CETA wahr werden sollten, von nationalen oder internationalen Konzernen als „Wettbewerbsverzerrung“ oder als Gefährdung einer Kapitalinvestition angeprangert werden und Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe nach sich ziehen.

Diese Forderungen würden dann nicht vor internationalen Gerichten verhandelt werden, sondern vor sog. „Jurys“, deren Existenz durch keinerlei staatliche oder gar demokratische Legitimation begründet ist.

Dieses Damoklesschwert würde dann über den Köpfen sämtlicher politischer Entscheidungsträger schweben, egal ob es sich dabei um eine Stadträtin, einen Landrat, einen Oberbürgermeister oder eine Ministerin handeln würde.

Gegen TTIP & Co. entschlossen handeln! Es geht hier um die Rettung von Politik, Demokratie und Sozialstaat!